

## ERGEBNISORIENTIERUNG UND RECHENSCHAFTSPFLICHT: ELEMENTE VON GOOD GOVERNANCE

KONFERENZ IN BERLIN, 9. FEBRUAR 2012

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Politische Umbrüche, wie jüngst während des Arabischen Frühlings, oder die weltweite Finanzkrise und somit knappere Ressourcen der Geberländer stellen neue Anforderungen an eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit. Zudem treten neue Akteure auf die Bühne der Geber, darunter aufstrebende Schwellenländer wie Indien, China oder Brasilien. In der Erklärung von Busan anlässlich des ‚4. High Level Forum on Aid Effectiveness‘ hielten die Vertreter der OECD-Länder im Dezember 2011 fest: „ Wir verfolgen von nun an eine neue entwicklungspolitische Agenda, die diese Akteure auf der Basis gemeinsamer Ziele und Prinzipien einschließt. Genauso begrüßen wir, dass künftig die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und andere Akteure ebenfalls in diesen Prozess einbezogen werden.“ Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, einigten sich die Geberländer in Busan auf eine überarbeitete Architektur der internationalen Kooperation. Das Dach – eine erfolgreiche, wirksame Entwicklungszusammenarbeit – soll demnach von den Pfeilern Transparenz, Eigenverantwortung, Partnerausrichtung und Rechenschaftspflicht getragen werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die KfW Entwicklungsbank haben deshalb Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht als Elemente von Good Governance in einer gemeinsamen Konferenz analysiert. In den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin diskutierten Experten und Politiker am 9. Februar 2012 in zwei Panels diese Themen mit zahlreichen Gästen. Im Anschluss erläuterte Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschlands Beitrag zur internationalen Wirksamkeitsdebatte.

Das Abschlussdokument aus Busan nennt Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht als zwei von meh-



renen Prinzipien, auf denen Entwicklungszusammenarbeit künftig fußen soll. Die Diskussionen während der beiden Panels zeigte, wie eng beide Elemente in Theorie und Praxis tatsächlich miteinander verknüpft sind, wo sie einander bedingen und wo sie einander hemmen können. Die Orientierung an Ergebnissen ist einerseits die Basis für die gegenseitige Rechenschaft über Erfolge der partnerschaftlich organisierten Entwicklungszusammenarbeit. Dabei ist es sinnvoll, auch über Zwischenschritte Rechenschaft abzulegen, um Wegmarken des gewünschten Ergebnisses zu sichern. Indem der gegenseitigen Rechenschaft eine höhere Priorität eingeräumt wird, sollen mehr nachweisbare Ergebnisse erzielt werden. Andererseits stehen beide Prinzipien auch in Konkurrenz zueinander: Wer zu sehr auf die regelmäßige, gegenseitige Rechenschaft bedacht ist, der verliert das größere, übergeordnete Ergebnis womöglich aus den Augen und hat vor allem

*„Eigenverantwortung nicht gänzlich ohne Einmischung.“  
Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.*

„Die Rolle der Parteien muss gestärkt werden.“ Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.



den kurzfristigen und weniger den langfristigen Erfolg im Blick. In den Diskussionen wurde daher versucht, hier Lösungsansätze zu erarbeiten und beide Prinzipien in Einklang zu bringen.

Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär des KAS, wies in seinem Eröffnungsvortrag auf die besondere Bedeutung der Rechenschaftspflicht der Partnerregierungen gegenüber deren Parlamenten hin: „Die Rolle der Parteien in diesem Prozess muss gestärkt werden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert sich in Transformationsländern wie Ägypten. Hier zeigt sich, welche Rolle Parteien in diesen Prozessen zukommen kann und muss.“ In ihrer Entwicklungszusammenarbeit fördere die KAS zudem Subsidiarität und Dezentralisierung. „Die finanzielle Förderung von Regierungen allein reicht nicht aus“, sagte Wahlers.

#### **ERGEBNISORIENTIERUNG ALS EIN GRUNDPFEILER DER EZ: OUTCOMES STATT INPUT MESSEN**

Im ersten Panel diskutierten vier Experten unter der Moderation von Doris Köhn, Direktorin und Bereichsleiterin für Afrika und Naher Osten der KfW-Entwicklungsbank, das Thema Ergebnisorientierung als Teil einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit. Auf dem Podium saßen Sibylle Pfeiffer, MdB und Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Talaat Abdel-Malek, Co-chair, Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF), Paris; Thomas Kelly, Geschäftsführender Direktor für Entwicklungspolitik bei der Millennium Challenge Corporation sowie Dr. Joachim von Amsberg, Vizepräsident „Operations Policy and Country Services“ bei der Weltbank.

In der Paneldiskussion wurde analysiert, warum eine Ergebnisorientierung wichtig ist und was überhaupt als ein Ergebnis angesehen werden kann. Eine Orien-

tierung am Ergebnis meint dabei die Analyse des Outputs und damit die tatsächliche Entwicklung am Ende eines gemeinsam durchgeführten Projekts. Ein Ergebnis wäre daher beispielsweise nicht allein die finanzielle Hilfe für neue Schulgebäude, sondern die daraus resultierende Verringerung der Analphabetenrate. Oft werden hierfür neue Instrumente eingesetzt, wie die so genannte „Aid on Delivery.“ Auf individueller Ebene werden Frauen zum Beispiel mit Geld entlohnt, wenn sie ihr Kind in einem Krankenhaus, statt zu Hause zur Welt bringen. Auf staatlicher Ebene werden Transferzahlungen an Partnerregierungen getätigt, wenn diese z.B. die Analphabetenrate um 5% über einen verabredeten Zeitraum gesenkt haben. Diese Art Ex-Post Entwicklungshilfe soll die Anreize verbessern, im Vorhinein von Geber- und Partnerregierungen festgelegte Ergebnisse zu erreichen. Für die tatsächliche Erreichung stehen der Partnerregierung Kredite zur Anschubfinanzierung von Geberseite zur Verfügung. Der gemeinsame Tenor der Podiumsrunde und der Beiträge aus dem Publikum war, dass eine verstärkte Ergebnisorientierung für die Entwicklungszusammenarbeit wichtig sei, dies allerdings nicht auf Kosten ihrer langfristigen Ausrichtung geschehen dürfe.

Warum ist die Orientierung am Ergebnis für eine moderne Entwicklungszusammenarbeit notwendig? Auf diese Frage antwortete Sibylle Pfeiffer als Vertreterin der Parlamentarier aus ihrer Sicht. Sie arbeite seit 2002 in der Entwicklungspolitik, habe es mit diesem Thema in ihrem Wahlkreis jedoch nicht leicht. „Der Vorwurf lautet oft: Ich bekomme keine Rente, aber dafür geht unser Geld nach Afrika!“, sagte sie. Vielen Wählern sei oft nicht bewusst, dass allerdings auch die Bundesrepublik von der Entwicklungszusammenarbeit, die sie leiste, profitiere. „Wir brauchen stabile Verhältnisse in der Welt, um überhaupt Rente zahlen zu können“, sagte Pfeiffer. Um den Nutzen von Entwicklungszusammenarbeit besser zu verdeutlichen, müsse

transparenter aufgezeigt werden, wohin das Geld tatsächlich fließe und welche Ergebnisse dadurch erzielt würden. Auch Thomas Kelly unterstützte Pfeiffers These: Die Überprüfung der Wirksamkeit sei vor allem gegenüber dem Steuerzahler wichtig.

#### **Langfristig statt kurzfristig**

Die Frage nach dem warum der Ergebnisorientierung zeigt bereits die Verknüpfung zur Rechenschaftspflicht. Mit einer größeren Ergebnisorientierung kann gegenüber dem Steuerzahler besser Rechenschaft abgelegt werden. Talaat Abdel-Malek kritisierte, dass Erfolgskontrolle in der Entwicklungspolitik jahrelang missverstanden worden sei. „Wir haben versucht, Ergebnisse zu verfolgen, haben aber immer nur auf den Input oder auf Zwischenstände geschaut.“ Die tatsächlichen Ergebnisse in der Entwicklung seien allerdings vernachlässigt worden. Diese Kritik veranschaulichte er am Beispiel der Investitionen in Bildung. Wenn mit Entwicklungshilfe Schulen gebaut würden, dürfe nicht die gestiegene Anzahl der Schulen das Ergebnis sein, sondern die Verbesserung der Bildung. Denn was nützte eine Vielzahl neugebauter Klassenzimmer, wenn es zum Beispiel trotzdem nur schlecht oder gar nicht ausgebildete Lehrer gebe? Ein Beitrag aus dem Publikum ergänzte die These Abdel-Maleks dahingehend, dass ein Ergebnis nicht nur ein Zustand sei, bei dem etwas mit Geld errichtet worden sei. Entwicklung müsse verstanden werden als die Problemlösungsfähigkeit der Regierung und allgemeiner der Menschen, die Hilfe empfangen. Ergebnisse müssten zudem im Kontext gesehen und Erwartungen realistisch betrachtet werden, so Abdel-Malek. „Wir leben in einer Welt unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Wir erwarten allerdings, dass sich die Entwicklungsländer so schnell entwickeln wie wir“, kritisierte er.

Wenn nach Abdel-Malek das Ergebnis von Entwicklung nicht der Bau von Schulen, sondern die Verbesserung der Bildung ist, ergeben sich für die praktische Umsetzung der Ergebnisorientierung mehrere Herausforderungen. Dr. Gerhard Wahlers von der KAS skizzierte in seiner Eröffnungsrede die Schwierigkeit, solche langfristig angelegten Ergebnisse messen zu können. „Die richtigen Indikatoren zu finden, ist einfacher bei technischen Prozessen, zum Beispiel dem Zugang zu Wasser. Viel wichtiger, aber umso schwieriger, ist es bei gesellschaftspolitischen Prozessen. Bei aller Orientierung am Ergebnis sollten trotzdem nicht die Maßnahmen bevorteilt werden, die leichter messbar sind.“ Dr. Joachim von Amsberg sagte dazu: „Der zunehmende Schwerpunkt auf der Ergebnisorientierung darf nicht dazu führen, dass nur in leicht messbare Projekte investiert wird, sondern auch in Projekte zu Good Governance.“ Allerdings sei man derzeit weit davon entfernt, institutionelle Stärkung messen zu können.

Den Spagat, den eine am Ergebnis orientierte Entwicklungszusammenarbeit schaffen muss, ist somit ein umfassendes Ziel zu formulieren, für seine Überprüfung aber auch gleichzeitig Indikatoren festzulegen, die eindeutig messbar sind.

#### **Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge erkennen**

Dr. Joachim von Amsberg erläuterte in seinem Vortrag eine weitere Herausforderung hinsichtlich der Ergebnisorientierung: „Die externe Entwicklungspartnerschaft ist nur ein kleiner Teil der Investitionen der Regierungen in Partnerländern. Dementsprechend ist es oft schwierig Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge festzustellen.“ Für das Beispiel Bildung als Entwicklungsziel bedeutet das: Ob zu einem verbesserten Bildungsstandard tatsächlich ein von Entwicklungshilfe finanzierter Bau von Schulen beiträgt, muss durch entsprechende Indikatoren erst verifiziert werden. Auch Köhn erkann-

*Diskutierten über Ergebnisorientierung:  
Thomas Kelly, Talaat Abdel-Malek,  
Moderatorin Doris Köhn, Sibylle Pfeiffer  
MdB und Dr. Joachim von Amsberg.*



te ein Zuordnungsproblem bei der Ergebnisorientierung: „Wenn es gut läuft, sind wir schnell dabei. Tatsächlich lassen sich Erfolge aber oft nur zu einem kleinen Teil auf Entwicklungshilfegeber zurückführen.“ Daraus lässt sich schließen, dass es nicht nur Indikatoren braucht, die langfristige, gesellschaftliche und weniger technische Prozesse analysieren können, sondern solche, die auch die tatsächlichen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge feststellen können.

Thomas Kelly berichtete von seinen Erfahrungen aus der Praxis im Umgang mit einer verstärkten Ergebnisorientierung: „Die Millennium Challenge Corporation betont die Transparenz über den gesamten Förderungsprozess hinweg, von der Auswahl der Partnerländer bis zur Publikation der Ergebnisse.“ Diese Transparenz, durch die eine Orientierung am Ergebnis gewährleistet werden könne, berge allerdings auch ein Risiko, nämlich dann, wenn die Ergebnisse nicht positiv seien. Ein negatives kurzfristiges Ergebnis muss nicht unbedingt bedeuten, dass die Maßnahme langfristig nicht funktionieren wird. Trotzdem stellte Kelly fest: „Unsere Partner wollen die Ergebnisse oft nicht veröffentlichen.“ Auch Doris Köhn teilte diese Erfahrungen: „Es besteht ein enormes Risiko, wenn nicht direkt positive Ergebnisse kommen.“ Wie Ergebnisse der Öffentlichkeit gegenüber verkauft würden, sei allerdings oft auch ein Kommunikationsproblem. Sibylle Pfeiffer merkte dazu an, dass Deutschland in seiner Außendarstellung zu starr sei. Es gebe eine große Diskrepanz zwischen einer vereinfachten Außendarstellung und einer eigentlich sehr facettenreichen Entwicklungszusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern, Projekten und Akteuren.

### **Trotz aller Ergebnisorientierung: Menschen im Mittelpunkt**

Kurzfristige, nur technische Ergebnisse dürfen den langfristigen, gesellschaftlichen nicht vorgezogen werden, da diese Ergebnisse das eigentliche Ziel von Entwicklungszusammenarbeit sind. Dafür sind allerdings Indikatoren notwendig, die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge exakt nachzeichnen können sowie ein anderer Umgang mit Transparenz. Dr. Claudia Warning vom Evangelischen Entwicklungsdienst warnte jedoch davor, rotz aller Orientierung am Ergebnis und Optimierung der Kern von Entwicklungshilfe, die Menschen, nicht aus den Augen zu verlieren: „Und wenn es nur die Hälfte ist denen wir mit unserem Geld helfen können, auch schon die sind es wert, dass ihnen geholfen wird.“

### **RECHENSCHAFTSPFLICHT ALS GRUND- PFEILER DER EZ: STEUERZAHLER UND PARLAMENTE IN GEBER- UND PARTNERLÄNDERN ÜBEN KONTROLL- FUNKTION AUS**

Im zweiten Panel unter der Moderation von Dr. Wolfgang Maier, stellvertretender Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS, wurden diese Thesen in der Diskussion um mehr Rechenschaftspflicht in der Entwicklungszusammenarbeit aufgegriffen. Auf dem Podium diskutierten dazu Volkmar Klein, MdB und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Owen Barder, Direktor für Europa am Center for Global Development, Dr. Claudia Warning, Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie Dr. Stephan Klingebiel, Leiter der Abteilung Bi- und Multilaterale Entwicklungspolitik am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik.

In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass es unterschiedliche Formen der gegenseitigen Rechenschaftspflicht mit unterschiedlichen Herausforderungen gibt. Es gibt die Rechenschaftspflicht der Geber- und Partnerländer gegenüber ihren Parlamenten sowie die gegenseitige Rechenschaftspflicht zwischen den Regierungen der Geber- und Partnerländer. Dabei wurde betont, dass es wichtig sei, insbesondere Parteien und Parlamente in den Prozessen der gegenseitigen Rechenschaftspflicht zu stärken. Bei der Analyse des aktuellen Status-quo der Rechenschaftspflicht in Deutschland gab es auch kritische Stimmen. Sowohl bei der Transparenz gegenüber dem eigenen Parlament als auch gegenüber den Volksvertretungen in den Partnerländern wurde von NGOs Verbesserungsbedarf ausgemacht.

#### **Akteure und Dimensionen**

Dr. Wolfgang Maier gab in seiner Einführung eine erste Definition, wie Rechenschaftspflicht zu verstehen sei. Er sagte: „Rechenschaftspflicht ist die Verantwortung für wirkungsvollen Einsatz knapper Mittel.“ Die Frage nach dem warum hinter der Rechenschaftspflicht beantwortete Dr. Stephan Klingebiel wie im ersten Panel zur Ergebnisorientierung: „Rechenschaftspflicht ist unverzichtbar für den Rückhalt in der Bevölkerung.“ An einer an Rechenschaftspflicht ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit sind somit unterschiedliche Akteure beteiligt, denen in diesem Prozess eine bestimmte Rolle zukommt. Dr. Claudia Warning mahnte dabei an, die Zivilgesellschaft als Akteur in diesem Prozess nicht überzubewerten. „Es ist das Parlament, das die Regierung zu kontrollieren hat. Die Zivilgesellschaft soll nicht in diese Rolle gedrängt werden“, sagte sie. Dr. Wolfgang Maier verwies auf die große Bedeutung von Parteien. „Wir sind durch Ägypten sensibilisiert, wir haben lange auf die Zivilgesellschaft geschaut.

Dabei sind es die Parteien, die im Parlament Rechenschaft von der Regierung fordern können.“ Auch sie müssten daher gestärkt und unterstützt werden.

Nach Dr. Stephan Klingebiel besteht eine Herausforderung darin, dass Ansätze der Rechenschaftspflicht in Konkurrenz zueinander stehen können. Die Rechenschaftspflicht auf der Partnerseite ergänzt sich nicht automatisch mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Geber; Rechenschaft gegenüber dem Geber erhöht nicht unbedingt die Rechenschaft im Partnerland (etwa gegenüber dem dortigen Parlament). Teilweise hätten in nicht gut regierten Ländern beispielsweise Partnerregierungen kaum ein Interesse an einem funktionierenden System der Rechenschaftspflicht im eigenen Land. Owen Barder sagte dazu: „Gegenseitige Rechenschaftspflicht zwischen den Geber- und Partnerländern untergräbt oft die lokale Rechenschaftspflicht in den Ländern selbst.“ Barder sprach sich dafür aus, die beiden rechenschaftspflichtigen Prozesse innerhalb eines großen Kreislaufes zu verbinden. Die Akteure darin seien die Steuerzahler im Geberland einerseits und die Bevölkerung im Partnerland andererseits. Hier bräuchte es Strukturen, die einerseits dem Steuerzahler zeigten, wo seine Gelder der Bevölkerung in den Partnerländern tatsächlich helfen, andererseits den Menschen dort zeigten, wie sie von der Hilfe konkret profitieren.

Auch für die genaue Ausgestaltung des Rechenschaftsprozesses wurden unterschiedliche Herausforderungen skizziert, darunter erneut die schwierige Messbarkeit von Ergebnissen. „In vielen Fällen ist es schwierig Wirkungen zu messen, aber es ist eine ebensolche Herausforderung, die Wirkungen auch angemessen zu kommunizieren“, sagte Dr. Claudia Warning aus eigener Erfahrung. Dr. Stephan Klingebiel verwies zudem darauf, dass an einem solchen Prozess immer zwei Parteien beteiligt seien: „Daher braucht man gemein-

*Wie die Rechenschaftspflicht erhöhen?  
Dr. Stephan Klingebiel, Volkmar Klein MdB,  
Moderator Dr. Wolfgang Maier,  
Dr. Claudia Warning, Owen Barder*



same Analysen und Indikatoren, die von beiden Seiten als gültig erachtet werden. Das sind allerdings oft langwierige, intensive Prozesse.“ Volkmar Klein bemerkte zur Rechenschaftspflicht innerhalb der Partnerländer: „Mir wäre eine materielle Dokumentation des Vertrauens in das eigene Land wichtig. Diejenigen, die in Afrika Geld haben, tragen es selbst außer Land. Sie selbst scheinen kein Vertrauen in ihr Land zu haben.“ Genau das sei aber mit Rechenschaftspflicht gemeint. Dr. Claudia Warning regte an, wie Rechenschaftspflicht in der Praxis befördert werden könne – insbesondere wenn es schwierig ist, komplexe Daten an Steuerzahler oder Spender zu vermitteln: „Mit Daten kommen wir nicht in die Gesellschaft. Menschen müssen die Erfolge von Projekten in die Mitte der Gesellschaft bringen“, sagte sie. „Ein gutes Beispiel sind die Erfahrungsberichte von Weltwärts Freiwilligen.“

#### **Beispiel Bundesrepublik Deutschland**

Wo die Herausforderungen an Prozesse der Rechenschaftspflicht in der Praxis liegen, wurde auch durch Beiträge aus dem Publikum am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland kontrovers diskutiert. Aus dem Plenum wurde vor allem von NGO-Vertretern kritisiert, dass es schwierig sei, den Prozess der gegenseitigen Rechenschaftspflicht zwischen Gebern und Vertretern der Zivilgesellschaft in Gang zu bringen, weil es oft an Informationen fehle. Dazu äußerte sich auch Andrea Kämpf vom Deutschen Institut für Menschenrechte aus dem Plenum: „Die Kontrolle des deutschen Parlaments im Bereich der Entwicklungshilfe ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar.“ Ein weiterer Vorwurf aus dem Publikum: Die Zielprojekte der Entwicklungshilfe aus Deutschland seien für die Zivilgesellschaft in den Partnerländern oft nicht nachvollziehbar. Diese Kritik unterstrich auch Owen Barder, der andere Akteure und Geberländer wie Großbritannien, Schweden oder die USA hier Deutschland voraus sah. Er sagte: „In anderen

Ländern sind die Steuerzahler weitaus besser informiert, in welche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit ihr Geld fließt. Andere Akteure, darunter die Weltbank, haben Systeme entwickelt, um auch NGOs in Partnerländern über die Finanzierungs- und Vergabeprozesse zu informieren.“ Dr. Claudia Warning gab aus ihrer eigenen Erfahrung ein Beispiel, wie dem entgegen gewirkt werden könne: „Es gibt das Beispiel aus einigen Partnerländern, wo Schilder am Dorfeingang angebracht wurden. Dort wird genau aufgeführt, mit wessen Mitteln in diesem Dorf was gebaut wurde. So kann man auch dort direkt Diskussionsprozesse anregen, wofür Entwicklungshilfe ausgegeben werden soll und die Bevölkerung vor Ort in den Prozess der gegenseitigen Rechenschaftspflicht einbinden.“ Dr. Stephan Klingebiel sagte dazu: „Wir haben Indikatoren aus der Paris-Deklaration, was Deutschland und andere Geber erreicht und nicht erreicht haben. Daher wissen wir, was noch umgesetzt werden sollte.“ Die Grundsätze zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit stellten sinnvollerweise die nationalen Systeme der Partnerländer in den Mittelpunkt; damit erfahren nicht zuletzt Parlamente, zivilgesellschaftliche Akteure etc. eine Aufwertung. Es bestünden bei den Gebern aber weiterhin deutliche Verbesserungsspielräume. Entwicklungszusammenarbeit habe Möglichkeiten, Systeme der Rechenschaftspflicht zu stärken und nichtbeabsichtigte Wirkungen zur Schwächung zu reduzieren.

*„Enormes Risiko, wenn nicht direkt positive Ergebnisse kommen.“  
Doris Köhn, Direktorin und Bereichsleiterin für Afrika und Nahost der KfW Entwicklungsbank.*



### **STAATSEKRETÄR HANS-JÜRGEN BEERFELTZ: „LIEBER IN KÖPFE ALS IN INFRASTRUKTUR INVESTIEREN“**

Nach den beiden Panel-Diskussionen beendete Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Konferenz mit einem Fest-Vortrag zum Thema „Deutschlands Beitrag in der internationalen Wirksamkeitsdebatte“. Dr. Gerhard Wahlers von der KAS betonte in der Einführung die große Unterstützung des BMZ für die internationale Entwicklungszusammenarbeit von Kirchen und Stiftungen. Zudem bedankte er sich bei Außenminister Guido Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel für deren Hilfe im Prozess um die beiden in Ägypten angeklagten Mitarbeiter der KAS.

Hans-Jürgen Beerfeltz stellte gleich an den Beginn seines Vortrags das neue Konzept des Bundesministeriums: „Es geht uns um mehr Wirksamkeit und nicht um immer neue Wirksamkeitsdebatten. Das beinhaltet eine regierungsfernere, mehr den Menschen zugewandte Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen lieber in Köpfe als in Infrastruktur investieren.“ Dazu passe auch, dass das Ministerium in Bonn die ‚Global Leadership Academy‘ gegründet habe. „Nach jahrelanger internationaler Kritik haben wir unsere Hausaufgaben gemacht“, sagte er. Dazu gehörten die Zusammenlegung von GTZ, Inwent und DED zur neuen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie die Gründung eines neuen, unabhängigen Evaluierungsinstitutes. „Dadurch versuchen wir, zu mehr Wirksamkeit beizutragen“, sagte er.

#### **Förderung von Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft**

Auch Hans-Jürgen Beerfeltz betonte die in Busan ver-

abschiedeten Leitprinzipien der internationalen Kooperation, darunter die Eigenverantwortung der Partnerländer. „Eigenverantwortung ja, allerdings nicht gänzlich ohne Einmischung. Zum Beispiel dort, wo Menschenrechte verletzt würden. Es ist unsere Pflicht, dann zu reagieren“, sagte er. Als Beispiel nannte er Malawi, wo das BMZ einen Teil seiner Budgethilfe eingefroren habe, nachdem dort die Pressefreiheit gesetzlich eingeschränkt worden sei. Oder Uganda, wo – erst auf Druck von außen – ein neues Gesetz zur Todesstrafe bei Homosexualität gestoppt wurde.

Ein weiterer Leitgedanke deutscher Entwicklungszusammenarbeit sei die Einbindung der Zivilgesellschaft, die Rechenschaft fordere – hier und in den Partnerländern. „Eine Wirksamkeitsbremse ist die Verteufelung der Privatwirtschaft. Wenn man sie intelligent einbindet, erzeugt sie Synergien. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die der Privatwirtschaft müssen miteinander verknüpft werden“, führte Hans-Jürgen Beerfeltz aus.

Für die Zukunft prophezeite er eine „eine kraftvolle Reform der Außenstruktur, damit die einzelnen Organisationen noch besser im Auftrag der Bundesregierung arbeiten können.“ Außerdem solle die Zahl der Partnerländer im Voll-Sektor-Programm reduziert werden. „Der Dialog mit den Partnerländern soll stärker auf Ergebnisse und den Aufbau eigener Kapazitäten hin ausgerichtet sein“, sagte er. Mit einem neuen Anreiz-System sollen mit dem Ausblick auf zusätzliche finanzielle Unterstützung die Motivation zu überdurchschnittlichen Leistungen gefördert werden. Auch dadurch wolle die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu einer international wirksamen Entwicklungszusammenarbeit leisten, so wie es das Abschlussdokument aus Busan vorsieht.

Die Millennium Challenge Corporation (MCC) in Washington DC ist eine unabhängige Organisation, 2004 vom US-Kongress gegründet, mit dem Ziel, die staatliche Entwicklungshilfe verstärkt an den Prinzipien Eigenverantwortung, Good Governance und Ergebnisorientierung auszurichten.

Die Working Party on Aid Effectiveness bildet ein Forum für unterschiedliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Die Themen auf der Agenda sind unter anderem Eigenverantwortung der Partnerländer, Rechenschaftspflicht, Ergebnisorientierung sowie transparente und verantwortungsvolle Entwicklungshilfe.

Die Weltbank mit Sitz in Washington DC hat seit den 1960er Jahren die Hauptaufgabe, die Armut in der Welt zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Die Themen auf der Agenda sind Ergebnisorientierung sowie transparente und verantwortungsvolle Entwicklungszusammenarbeit.

Der Evangelische Entwicklungsdienst koordiniert im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland jährlich über 2000 aktive Projekte und bewilligt jährlich mehr als 700 neu. Der EED verfolgt unter anderem die Ziele, zum Aufbau gerechter Gesellschaften, zur gewaltfreien Lösung von Konflikten und zur Überwindung der ungerechten Folgen der Globalisierung beizutragen.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn ist ein weltweit operierendes Forschungsinstitut und Think Tank internationaler Entwicklungszusammenarbeit. In unterschiedlichen Arbeitsgruppen, darunter ‚Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung‘ sowie ‚Governance, Staatlichkeit und Sicherheit‘, wird dabei auch eine stärkere Ausrichtung an Ergebnissen und das Ziel zu mehr Rechenschaftspflicht untersucht.

Am Center for Global Development (CGD), einem Think Tank mit Sitz in Washington DC, werden Projekte internationaler Entwicklungszusammenarbeit analysiert. Im Mittelpunkt der Forschung steht dabei, inwieweit die Politik der Industrieländer die Entwicklung der ärmeren Länder beeinflusst. Die Forschung des CGD konzentriert sich dabei auch auf ‚Aid Effectiveness‘.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

#### **Herausgeber**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

#### **Text**

Amelie Herberg

#### **Redaktion**

Sebastian Barnet Fuchs

#### **Fotos**

KAS (Christian Echle)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt, mit Ausnahme der frei zugänglichen Fotos. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-95-3

[www.kas.de](http://www.kas.de)